

# Familienzusammenführung in bis zu zehn Verfahrensschritten

**BÜRGERKRIEG** Heimische Syrer über Rechtslage in der Pohlheimer Christuskirche informiert

**WATZENBORN-STEINBERG** (gdi). Interessierten Syrern wurde in der Watzenborn-Steinberger Christuskirche die Frage beantwortet, wie syrische Familien schnellstmöglich zusammengeführt werden können. Initiiert hatten den Infoabend die Grüninger Pfarrerin Angelika Maschke und die Diakonie Gießen. Das politische ARD-Magazin Monitor hatte Anfang Dezember mit einer Reportage für viele Diskussionen gesorgt. Dort wurden die dramatischen Verhältnisse im Heimatland gezeigt und die bürokratischen Hindernisse einer Aufnahme in Deutschland geschildert.

Die syrisch-orthodoxen Gemeinden Pohlheim und Gießen, die Migrationsberatung Diakonisches Werk Gießen, die evangelischen Kirchengemeinden Watzenborn-Steinberg und Grüningen sowie die katholische Kirchengemeinde St. Martin Pohlheim hatten zum Austausch eingeladen. Ziel war es, betroffenen Familien in der Region über die aktuellen Aufnahmeverfahren zu informieren, Fragen zu beantworten und Erfahrungen auszutauschen. Hausherr Prof. Dr. Ernst Ulrich Huster, Kirchenvorsteher der evangelischen Kirchengemeinde Watzenborn-Steinberg, betonte in seiner Begrüßungsrede die Verbundenheit der heutigen Christen zu ihrem Ursprungsgebiet, der heutigen „Konfliktregion“ Syrien.

Pfarrerin Maschke stellte die Frage: Was können wir heute und morgen in unserer Region Pohlheim/Gießen Konkretes tun? Versammlungsmoderator William Henderson von der Migrationsberatung des Diakonischen Werkes startete die Versammlung mit einem Gebet und einer Gedenkminute für Nelson Mandela und des in Syrien entführten syrisch-orthodoxen Erzbischofs von Aleppo, Gregorios Yohanna Ibrahim, und des griechisch-orthodoxen Bischofs Bulos Jasidschi.

Durch engere Zusammenarbeit der Gruppen in unserer Region und regelmäßige Treffen und Veranstaltungen könne man gemeinsam mehr bewegen, so Henderson. Im Kernreferat des Abends über Familienzusammenführung



Die Organisatoren des Informationsabends über die Familienzusammenführung in der Christuskirche.

Foto: Dickel

zung durch die aktuellen Aufnahmeprogramme, referierte mit einer Powerpoint-Präsentation die Rechtsanwältin Karin Diehl aus Kassel. Bestens vorbereitet war auch das Pohlheimer Magistratsmitglied Nohman Nohman, der die Übersetzung übernahm.

## 10 000 dürfen einreisen

Die vorgetragenen Erläuterungen zu den Aufnahmeverfahren, deren gesetzlichen Regeln und die damit einhergehende „Bürokratie“ waren informativ, aber auch ernüchternd. Denn bis ein Bürgerkriegsflüchtling aus Syrien über den Libanon nach Deutschland einreisen kann, müssen bis zu zehn Verfahrensschritte bewältigt werden. Dann kommt noch hinzu, dass das Nadelöhr UNHCR-Büro (Büro des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen) und die Deutsche Botschaft im Libanon wochenlang weder per Telefon noch per E-Mail erreichbar waren. Dadurch gestaltet sich auch die Durchführung des von der Bundesregierung beschlossenen Flüchtlingskontingents von jetzt 10 000 aufzunehmenden Syrern schwer umsetzbar. In der Summe bedeute das für Hessen 730 Aufnahmen. Das Land Hessen nehme zudem bis Ende Februar 2014 unbegrenzt Familienangehörige auf, wenn jemand für sie bei der Ausländerbehörde eine Verpflichtungserklärung für Lebensunterhalt und Kranken-

versicherung abgibt.

In der Versammlungspause wurden die Kernfragen der Anwesenden mit Flipchart-Moderation herausgefiltert und im zweiten Teil der Versammlung erörtert. Ob dabei ein Asylverfahren, die private Patenschaft oder doch das Aufnahmeverfahren erfolgreicher ist, müsse individuell entschieden werden.

„Was tun unsere Kirchen?“ war eine weitere Frage. Hildegund Niebch von der Diakonie Hessen informierte, dass 500 000 Euro der evangelischen Landeskirche Hessen in die Kinderprojekte „Schneller-Schulen“ im Libanon und „Traumazentrum“ im Nordirak geflossen seien. Pfarrer Lahdo Aydin unterstrich, dass besonders die Unterstützung von Projekten in der dortigen Region wichtig sei und nicht die Förderung der Abwanderung im Vordergrund stehe.

Huster fügte an, dass unsere lokalen Bemühungen richtig sind, aber dass dringend politische Lösungen herbei müssen und fügte sarkastisch hinzu: „Vielleicht übernimmt ja die Rüstungsindustrie künftig Patenschaften in den Kriegsregionen.“

Moderator W. Henderson sprach sich dafür aus, die bereits vorhandenen Netzwerke gemeinsam stärker zu nutzen. Betroffene können sich von der Migrationsberatung des Caritasverbandes-Gießen und vom Diakonischen Werk in Gießen beraten lassen.